Bundesverband Deutscher Banken

Der **Bundesverband deutscher Banken (BdB)**, kurz auch Bankenverband genannt, ist ein Spitzenverband des privaten Kreditgewerbes. Der Verband vertritt dabei ca. 220 private nationale und internationale Kreditinstitute, sowie seine 12 regionalen Mitgliedsverbände.

In Brüssel ist er sowohl durch ein eigenes Lobbybüro vertreten als auch über den Dachverband European Banking Federation. Der Bankenverband ist außerdem Mitglied im Institute of International Finance (IIF)[1]

Bundesverband deutscher Banken	
Rechtsform	e.V. (VR 19142, Vereinsregister Berlin)
Tätigkeitsbereich	Finanzlobby
Gründungsdatum	1951
Hauptsitz	Burgstraße 28 10178 Berlin Telefon: (030) 16 63-0
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	Rue du Commerce 31 1000 Brüssel Belgien Telefon: +32 - (0)2 7 88-22 00
Webadresse	bankenverband.de

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte ... 1
2 Organisationsstruktur und Personal ... 2
2.1 Mitgliedsverbände ... 2
2.2 Mitgliedsbanken ... 2
2.3 Vorstand ... 3
2.4 Geschäftsführung ... 3
2.5 Verbindungen ... 4
3 Finanzen ... 4
4 Lobbystrategien und Einfluss ... 4
5 Fallstudien und Kritik ... 5
5.1 "Frankfurter Erklärung", Oktober 2010 ... 5
5.2 Lobbyisten in Ministerien ... 5
6 Weiterführende Informationen ... 5
7 Einzelnachweise ... 5

Kurzdarstellung und Geschichte

Der Bundesverband deutscher Banken wurde 1951 in Köln, in der Nachfolge des Centralverbandes des deutschen Bank und Bankiergewerbes, gegründet. Im Frühjahr 1999 wurde der Sitz des Verbandes von Köln nach Berlin verlegt. Seit 2004 verfügt der BdB auch über eine Repräsentanz in Brüssel.

Organisationsstruktur und Personal

- Finanzlobby A–Z

Mitgliedsverbände

Der Bankenverband hat eine föderale Struktur.

Bankenverband Baden-Württemberg e.V.
Bankenverband Bremen e.V.
Bankenverband Hamburg e.V.
Bankenverband Hessen e.V.
Bankenverband Niedersachsen e.V.
Bankenverband Rheinland-Pfalz
Bankenverband Saarland e.V.
Bankenverband Schleswig-Holstein e.V.
Bankenvereinigung Nordrhein-Westfalen e. V.
Bayrischer Bankenverband e.V.
Ostdeutscher Bankenverband e.V.
Verband deutscher Schiffbanken

Mitgliedsbanken

Als private Großbanken sind

- Deutsche Bank AG
- Commerzbank AG
- Deutsche Postbank AG
- UniCredit Bank AG

im Bundesverband deutscher Banken vertreten (früher auch Dresdner Bank AG und Bayrische Hypo- und Vereinsbank AG).

Desweiteren einige kleinere und größere private Bankhäuser, wie beispielsweise Sal. Oppenheim jr. & Cie. KGaA oder Hauck & Aufhäuser Privatbankiers KGaA.

Einen Großteil der Mitglieder stellten daneben Regionalbanken und deutsche Ableger ausländischer Banken, darunter bekannte Größen wie

- ABN Amro
- Bank of America
- Barclays Bank
- BNP PARIBAS
- Goldman Sachs
- JP Morgan
- LGT Bank
- Merril Lynch
- UBS

Quelle:[2]

Vorstand

Der derzeitige Vorstand setzt sich wie folgt zusammen:

- Andreas Schmitz (Präsident) HSBC Trinkaus& Burkhardt
- Josef Ackermann, Deutsche Bank
- Christian Olearius, M.M.Warburg & CO KGaA
- Martin Blessing, Commerzbank
- Stefan Jütte, Deutsche Postbank
- Michael Kemmer, Hauptgeschäftsführer (Mitglied von Amts wegen)
- Thomas A. Lange, NATIONAL-BANK AG
- Hans-Walter Peters, Joh. Berenberg, Gossler & Co. KG
- Lutz Raettig, Morgan Stanley Bank International Ltd.
- Wolf Schumacher, Aareal Bank AG
- Theodor Weimer, UniCredit Bank AG

(Stand: Juni 2011) Quelle:[3]

Geschäftsführung

Der Hauptgeschäftsführer, seine beiden Stellvertreter und die weiteren Geschäftsführer bilden zusammen die Geschäftsführung des Bankenverbandes. Sie nehmen hauptberuflich die Vertretung der Interessen der privaten Banken wahr.

- Michael Kemmer (Hauptgeschäftsführer, seit Okt. 2010, zuvor BayernLB)
- Hans-Joachim Massenberg (stellv. Hauptgeschäftsführer)
- Andreas Krautscheid (stellv. Hauptgeschäftsführer, seit März 2011, zuvor Generalsekretär der CDU in NRW und Minister für Bundesangelegenheiten in NRW)

- Markus Becker-Melching
- Iris Bethge
- Thorsten Höche
- Dirk Jäger

- Herbert Jütten
- Ibrahim Karasu
- Heinz-Udo Schaap
- Siegfried Utzig *(kommissarisch)*

(Stand: Juni 2011) Quelle:[4]

Die Berufung Michael Kemmers als Hauptgeschäftsführer ist nicht ohne Brisanz: er war zuvor Vorstand bei der skandal-geplagten BayernLB. Am 25. Oktober 2010 beschloss der Verwaltungsrat der bayerischen Landesbank die gesamte ehemalige Bankspitze um den langjährigen Vorstandschef Werner Schmidt für das Milliarden-Desaster bei der österreichischen Hypo Alpe Adria auf Schadensersatz zu verklagen, also auch Kemmer.[5]

Verbindungen

Der Bankenverband ist Mitglied in folgenden Lobbyorganisationen:[6]

- Zentraler Kreditausschuss
- Initiative Finanzstandort Deutschland
- European Banking Federation
- International Banking Federation
- Institute of International Finance[7]

Finanzen

Laut dem freiwilligem Lobbyregister der EU hat der Bundesverband Deutscher Banken 2009 zwischen 400.000 und 450.000 Euro für die Lobbyarbeit bei den EU-Institutionen investiert.[8]

Lobbystrategien und Einfluss

Die Financial Times Deutschland konstatiert in einem langen Artikel im Juli 2010, dass der Einfluss des BdB als Interessenverband der Privatbanken in den letzten Jahren stark zurückgegangen sei. Wichtige Themen wie etwa die Griechenlandhilfe wurde ohne deren Beteiligung entschieden.
Einzig bei der Einlagensicherung bleibt der Verbund wichtig, da man Mitglied des BdB sein muss, um in den Genuss dieser Rückversicherung zu kommen. [9]

Stattdessen betreiben Branchenriesen wie die Deutsche Bank zunehmend eine autonome Interessenvertretung. Zudem steht der Vorsitzende der Deutschen Bank, Josef Ackermann, dem weltweiten Interessenverband Institute of International Finance vor, in dem der deutsche Bankenverband nur einer von vielen Mitgliedern ist.

Fallstudien und Kritik

"Frankfurter Erklärung", Oktober 2010

Ende Oktober 2010 versuchte der Bankenverband nach den internen Querelen um die Geschäftsführung wieder stärker in die Offensive zu gehen und warnte in einer Erklärung vom 25.10.2010 vor den volkswirtschaftlichen Folgen einer zu harten Regulierung.[10] Die Financial Times Deutschland beschreibt die Erklärung des Bankenverband als "argumentativ dürftig" und das "übliche Lobby-Mantra", das besondere sei nur die Art, wie der Verband Einigkeit und Stärke demonstrieren wolle.[11]

Lobbyisten in Ministerien

- Überblick A-Z
- Problembeschreibung

Auch das Handelsblatt kritisiert, dass sich ein Teil der Vorwürfe gegen die Bundesregierung kaum halten lässt[12] Es gehört zur Strategie der Finanzbranche einerseits auf globaler Ebene gemeinsam gegen striktere Regulierungen vorzugehen (siehe Basel III und *Institute of International Finance) und zugleich über die nationale Ebene zu versuchen, die Regierungen gegeneinander aus zu spielen.

Lobbyisten in Ministerien

Ein Vertreter der Dresdner Bank war für den Bundesverband Deutscher Banken im Bundesministerium für Finanzen tätig.

Lobbyisten im Bundesministerium der Finanzen

Zeitraum	01.01.2003 - 31.12.2005[13]
Mitarbeiter	Ein/e MitarbeiterIn der Dresdner Bank als Vertreter des Zentralen Kreditausschusses[14] (Seit 2011: Deutsche Kreditwirtschaft)
Bearbeitete Themen	Einsatz im Referat VII B 6

Weiterführende Informationen

Einzelnachweise

1. ↑ Member List F-J, homepage IIF, abgerufen am 05.August 2010
2. ↑ Webseite des Bundesverbandes deutscher Banken: Bankenverband (abgerufen am 19.03.08 und 27.10.2010)
3. ↑ bankenverband Vorstand abgerufen am 23.06.11
4. ↑ bankenverband Geschäftsführung abgerufen am 23.06.11

5. ↑ BayernLB will Schadenersatz, Süddeutsche Zeitung online vom 25.10.2010, abgerufen am 26.10.2010
6. ↑ Der Verband, Webseite des Bankenverbands, abgerufen am 27.10.2010. Siehe auch Eintrag ins EU-Register (unten).
7. ↑ IIF-Webseite, abgerufen am 25.10.2010
8. ↑ EU-Lobbyregister, abgerufen am 27.10.2010
9. ↑ Stimmverlust Nina Luttmer in der Financial Times Deutschland vom 19.Juli 2010, abgerufen am 22. August 2010.
10. ↑ Pressemitteilung des Bankenverbands vom 25.10.2010, abgerufen am 27.10.2010
11. ↑ Bankenverband drängelt sich wieder nach vorne, FTD online vom 26.10.2010, abgerufen am 26.10.2010
12. ↑ Banker greifen Regierung scharf an, Handelsblatt Online vom 26.10.2010, abgerufen am 27.10.2010
13. ↑ Antwort der Bundesregierung (pdf) auf eine schriftliche Frage des FDP-Abgeordneten Brüderle zum Einsatz von Beschäftigten aus der Kreditwirtschaft in Bundesbehörden aus der Woche vom 04.05.2009, S. 19ff., Zugriff 19.09.2011
14. ↑ Antwort der Bundesregierung (pdf) auf kleine Anfrage der FDP-Fraktion zu "'Monitor' – Bericht über eine neue Art von Lobbyismus in Bundesministerien" vom 13.11.2006, letzter Zugriff 09.09.2011